Gewerkschaften in Serbien

Vor der Wahl

BOJAN LADJEVAC
Oktober 2011

Im Frühjahr 2012 wird in Serbien gewählt, doch der Vor-Wahlkampf hat schon jetzt begonnen. Überraschend für die politischen Akteure wie auch für viele Gewerkschaftsmitglieder hat sich Ljubisav Orbović, der Vorsitzende der größten und einflussreichsten serbischen Gewerkschaft, zu Wort gemeldet und ein stärkeres politisches Engagement der Gewerkschaften angekündigt. Selbst die Gründung einer eigenen gewerkschaftsnahen Partei schloss er dabei nicht aus.

Der Bund der Unabhängigen Gewerkschaften Serbiens (SSSS), dem Orbović vorsitzt, ist aus der ehemaligen kommunistischen Einheitsgewerkschaft hervorgegangen und vertritt nach eigenen Angaben etwa 400 000 Arbeitnehmer (2003 waren es noch 850 000). Es gelang dem Dachverband, trotz der politischen Umwälzungen der letzten Jahre seinen landesweit gestreuten Immobilienbesitz zu erhalten und sein formelles Mitspracherecht in den tripartitisch besetzten Gremien auszuüben. Für die kleineren Reformgewerkschaften, die sich in den neunziger Jahren abgespalten oder neugegründet hatten, war die SSSS ein Instrument des Milosević-Regimes. Nach dem Sturz des Diktators allerdings steht es um die Beziehungen der Gewerkschaft zu der von der Demokratischen Partei (DS) geführten Regierung nicht besonders gut. Gleichwohl wird ihre »Repräsentativität« sowohl von den anderen gewerkschaftlichen Dachverbänden als auch von den staatlichen Institutionen uneingeschränkt anerkannt.

Orbović begründete den seiner Meinung nach »unumgänglichen« Entschluss, sich in den Wahlkampf einzumischen, mit der Machtlosigkeit der Gewerkschaften, denen es trotz ihres enormen Einsatzes nicht gelungen sei, spürbaren Einfluss auf die Entscheidungsprozesse im Land zu nehmen und die Interessen der Arbeiterschaft wirksam zu vertreten.

Die Machtlosigkeit der Gewerkschaften ist klar ersichtlich. So feiert es der Wirtschafts- und Sozialrat des Landes, ein tripartites Gremium aus Vertretern der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und des Staates, dem bei der Erörterung der einschlägigen Gesetzesentwürfe eine beratende Rolle zukommt, bereits als Erfolg, dass ein Mindestlohn von umgerechnet 180 Euro pro Monat festgesetzt wurde, von einem Euro pro Stunde also. Die Machtlosigkeit zeigt sich aber auch daran, dass es den Dachverbänden trotz der Unzufriedenheit der serbischen Arbeiter nicht gelingt, Massenproteste zu organisieren. Zwar gibt es immer wieder einzelne Streiks, Besetzungen, Straßen- und Bahnblockaden; bedeutsamere Aktionen, die Solidarität und Stärke der Arbeiterschaft demonstrieren könnten, kommen jedoch nicht zustande.

Mit Aussagen über Art und Umfang des künftigen politischen Engagements der SSSS hielt man sich bislang eher zurück, da die notwendigen Beratungen innerhalb der Gewerkschaften noch nicht abgeschlossen seien. Denkbar sind jedoch drei Szenarien: Entweder die Gewerkschaft lässt sich als neue politische Partei registrieren und stellt das Vertrauen ihrer Mitglieder in den kommenden Wahlen auf die Probe. Oder sie unterstützt im Wahlkampf öffentlich eine der bereits existierenden politischen Parteien. Oder sie betreibt eine viel aktivere Lobby-Politik bei den politischen Institutionen, etwa im nationalen Parlament.

1. Auf den ersten Blick scheint die Gründung einer politischen Partei durch die Gewerkschaften die historische Genese der Sozialdemokratie in Deutschland, vor allem aber in England nachzuvollziehen; hier wie dort verstanden sich sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften als die beiden zusammengehörenden Basisorganisationen der Arbeiterbewegung. Der Schein trügt jedoch, da sich die deutsche und die eng-

lische Sozialdemokratie mit der entstehenden und zukunftsmächtigen Arbeiterklasse verbanden, während die Gewerkschaften in Serbien und auf dem gesamten Balkan eher eine untergehende Arbeiterklasse repräsentieren. Die Gewerkschaften in Serbien haben noch mit dem Ballast des kommunistischen Regimes und dessen nationalistischem Nachfolger zu kämpfen, die sich selbst als Vertreter der Arbeiterklasse ausgaben, deren Organisationen aber zum Transmissionsriemen eines bürokratischen Staats- und Parteiapparats degradierten. Nach dem demokratischen Umbruch veränderte sich zwar auch die Rolle der Gewerkschaften, aber nur insofern, als sie nun zu passiven Beobachtern der brutalen Privatisierung und Deindustrialisierung des Landes wurden.

Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Gewerkschaften ist minimal. Ähnlich wie die politischen Parteien werden auch die Gewerkschaften in der Öffentlichkeit mit ihren Führungspersonen identifiziert. Vermutlich werden also die Wähler auch eine »Gewerkschaftspartei« nicht mit den sozialen Funktionen und Zielen einer Gewerkschaft in Verbindung bringen, sondern lediglich deren herausragende Persönlichkeiten wahrnehmen. Diesen wiederum unterstellen sie, nur an Machtgewinn oder -erhalt interessiert zu sein, und sie auf die eine oder andere Weise verführen, verraten oder ausnutzen zu wollen. Hinzu kommt, dass sich die Zerstrittenheit der serbischen Gewerkschaften auch in einer Gewerkschaftspartei widerspiegeln würde. Abschreckend dürften auch Beispiele der jüngeren Vergangenheit wirken: Man erinnert sich an das Debakel der von dem Gewerkschaftsführer Dragan Milovanović gegründeten serbischen Labour-Partei, die bei den Wahlen im Jahr 2003 weniger Stimmen erzielte, als sie an Unterschriften benötigt hatte, um sich zur Wahl stellen zu können.

Ein potentieller Vorteil freilich wäre das zur Verfügung stehende regionale Netzwerk der Gewerkschaft, das ohne bedeutenden Aufwand in eine Parteiorganisation umgewandelt werden könnte. Zudem repräsentieren die Gewerkschaften nahezu ein Drittel der formell Beschäftigten. Dieses relativ hohe Potential an loyalen Wählern könnte der entscheidende Faktor sein, der die gewerkschaftlichen Dachverbände dazu ermutigt, das politische Parkett zu betreten.

2. Sollte eine Gewerkschaft sich dafür entscheiden, die Wahlkampagne einer politischen Partei aktiv zu unterstützen, liegt die größte Hürde in der Auswahl einer geeigneten Partnerpartei. Eine traditionelle Verbundenheit zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien, wie man sie aus zahlreichen westeuropäischen Industrieländern kennt, gibt es in Serbien nicht. In der politischen Kultur Serbiens betreiben auch Parteien, die Mitglieder der Sozialistischen Internationale sind oder deren Mitgliedschaft anstreben, keinesfalls eine genuin sozialdemokratische Politik. Den Gewerkschaften mangelt es somit an Partnern mit aussagekräftigen sozialökonomischen Parteiprogrammen, die sie vorbehaltlos unterstützen könnten. Die mit Abstand überzeugendste politische Option mit sozialdemokratischem Etikett ist ohne Frage die DS, deren Führung aber für die erfolgloseste Transformation in Europa mitverantwortlich ist. Hinsichtlich ihrer sozialen Basis wie ihrer politischen Orientierung ist die DS eher mit konservativ-liberalen Volksparteien als mit der traditionellen europäischen Linken zu vergleichen. Der Rest der Linken in Serbien besteht aus einigen kleineren Parteien, die nur dank ihrer Koalitionsmöglichkeiten mit der DS am Leben erhalten werden. Hinzu kommt die von ihrer nicht allzu weit zurückliegenden Vergangenheit gebeutelte Sozialistische Partei (SPS). Mit der Entscheidung für eine dieser Parteien würden die Gewerkschaften ein hohes Risiko eingehen. Auch bestände die Gefahr, in einem fieberhaften Kampf um Macht und Regierungsposten die Vertretung gewerkschaftlicher Interessen aus den Augen zu verlieren. Die vorprogrammierten Konflikte bergen wiederum die Gefahr, dass die gesamte gewerkschaftliche Bewegung geschwächt und in Verruf gebracht wird.

3. Da die Initiative für Veränderungen in der serbischen Gesellschaft von politischen Parteien oder charismatischen Regierungsvertretern ausgeht, sind die Gewerkschaften für eine stärkere Lobbyarbeit unzureichend gerüstet. Zwar sind die Gewerkschaftsfunktionäre bei den Parteikongressen durchaus gern gesehene Gäste (bei einem Parteitag der SPS im Dezember 2010 standen die als Ehrengäste eingeladenen Vorsitzenden von vier Dachverbänden auf der Rednerliste). Sie werden unmittelbar danach aber wieder gnadenlos von der Bühne gedrängt und müssen, bildlich gesprochen, um Aufmerksamkeit betteln, wenn sie nicht ganz von den Beratungen über Gesetzesvorschläge, von den Maßnahmen zur Bewältigung der Krise oder von den Gesprächen mit Vertretern des Internationalen Währungsfonds, die häufig im Land zu Gast sind, ausgeschlossen werden wollen. Ein ähnliches Schicksal würden wohl auch

gewerkschaftliche Initiativen, wie etwa zur Einführung eines sogenannten Gewerkschafts-Sitzes im Parlament, erleiden.

Welchen der drei Wege die Gewerkschaften auch einschlagen: Man sollte sich nicht der Illusion hingeben, dass sich die Situation der Interessenvertretung der Arbeitnehmer entscheidend verbessern wird. Allerdings sollte man Verbesserungen aber auch nicht ganz ausschließen. Dabei muss jedoch die Stärkung und Modernisierung der eigenen Kapazitäten im Vordergrund stehen. Dazu gehört auch, dass die Gewerkschaften in Branchen tätig werden, in denen sie bislang kaum vertreten waren, dass sie aggressiver um neue Mitglieder werben und die Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen nicht scheuen.

ISBN 978-3-86872-917-7

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Über den Autor

Bojan Ladjevac ist Mitarbeiter der FES in Serbien

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland | Tel.: ++49-30-269-25-7726 | Fax: ++49-30-269-35-9250
E-Mail: info.moe@fes.de | www.fes.de/international/moe/

EFQM
Committed to excellence